



Newsletter des Referats Lateinamerika und Karibik
Ausgabe Nr.2/2008 Dezember 2008

[Aktueller Fokus](#) [Regionalprojekt](#) [Projekt Landesbüro](#) [Veranstaltungen](#) [Publikationen](#) [Kurzberichte](#) [Personalia](#)

Aktueller Fokus

Rette sich wer kann oder: Das Ende der Globalisierung?



Seit einiger Zeit mehren sich die Zeichen dafür, dass die ökonomische Globalisierung an ihre Grenzen gestoßen ist. Statt weiterer Marktöffnungen setzen sich die nationalen Interessen auf den verschiedenen Ebenen durch und die Politiken werden zunehmend auf dieser Ebene definiert. Dies impliziert eine wachsende Rolle des Staates, wobei ihre Ausrichtung, Intensität und Qualität ebenfalls den einzelnen Ländern überlassen bleibt. Dies wird Rückwirkungen auf Lateinamerika haben. [mehr](#)

[↑ Zurück Index](#)

Regionalprojekt

Politische Stiftungen im Süden Lateinamerikas



In mehreren Ländern Lateinamerikas existieren Stiftungen und Institute, die progressiven Parteien nahe stehen. Gemeinsam ist ihnen ihre prekäre Organisationsstruktur, da sie in der Regel nicht auf eine gesicherte oder gar öffentliche Finanzierung aufbauen können. Andererseits weisen die ihnen nahestehenden Parteien gerade bei der programmatischen Erneuerung sowie paradoxerweise auch in dem ihnen eigentlichen Aufgabenbereich, sich ausdifferenzierende gesellschaftliche Interessen und Anliegen zu aggregieren, zu artikulieren und in politische Positionen zu übersetzen, zunehmend Defizite auf. Die meisten der zahlreichen NROs und Sozialorganisationen in der Region stehen den Parteien eher fern, haben ihrerseits aber wichtiges Terrain in der gesellschaftspolitischen Debatte besetzt und dies zum Teil mit hoher Glaubwürdigkeit. Im allgemeinen Tagesgeschäft kommt gerade die von Seiten der Parteien dringend notwendige Initiative zur Auseinandersetzung mit den neuen gesellschaftlichen Entwicklungen und den hieraus entstehenden politischen Forderungen unter die Räder. [mehr](#)

[↑ Zurück Index](#)

Projekt Landesbüro

Tarifverträge in Mexiko: Zum Schutz der Unternehmen



Silvia Márquez Santiago arbeitete bis Mai 2006 in einer Tankstelle an der Autobahn Mexiko-Stadt – Puebla als Tankwartin ohne einen Cent Gehalt zu bekommen. Ihr Einkommen bestand aus Trinkgeldern der betreuten Kunden. Diese Praxis ist in Mexiko im Dienstleistungsgewerbe weit verbreitet und trifft Kellner, Fahrer des sogenannten Valet Parking, Packer im Supermarkt oder auch Table-Tänzerinnen. Eine Kranken-, Unfall- oder Rentenversicherung hatte Silvia Márquez wie viele ihrer Kollegen und Kolleginnen keine. [mehr](#)

[↑ Zurück Index](#)

Veranstaltungen

Sonderziehungsrechte als Basis einer neuen Weltwährung?

Vom 29. November bis 2. Dezember fand in Doha die Internationale Folgekonferenz zur Entwicklungsfinanzierung statt. Im Vorfeld dazu organisierte das FES-Projekt NUEVA SOCIEDAD in Buenos Aires gemeinsam mit dem Projekt „Globalisierung“ der FES Berlin ein hochrangiges Expertengespräch, um das Thema vor dem Hintergrund der Finanzkrise aus lateinamerikanischer Sicht zu diskutieren. [mehr](#)

Regionale Plattform zum Dialog zwischen linken Regierungen und Gewerkschaften in Lateinamerika



Nach fast zwei Jahrzehnten in der Defensive haben Gewerkschaften in Lateinamerika in den letzten Jahren politische Gestaltungsspielräume zurückgewonnen. Hierzu hat auch die Politik linker Regierungen beigetragen, die die Rahmenbedingungen für Gewerkschaften verbessert und sie dadurch gestärkt hat. Andererseits war für die Parteien des Mitte-Links-Spektrums im südlichen Lateinamerika die Unterstützung durch die Gewerkschaften ein wichtiger Faktor für ihren Wahlerfolg. Mit dem Regierungsantritt der Linksparteien begann für viele südamerikanische Gewerkschaften die nicht einfache Aufgabe, mit den neuen Regierungen in kritischer Solidarität zusammenzuarbeiten und gleichzeitig die Interessen der gewerkschaftlichen Basis wirksam zu vertreten. [mehr](#)

Guatemala: Ein Recht auf Nahrung? Sergio F. Morales, Menschenrechts-Ombudsmann, über die Ernährungskrise in seinem Land



In Guatemala herrschte über 36 Jahre lang ein Bürgerkrieg, der mehr als 200.000 Menschen das Leben gekostet und über eine Million Flüchtlinge geschaffen hat. Es kam insbesondere zur gezielten Tötung der indigenen Bevölkerung - 96% der Opfer waren Angehörige der Maya-Völker. Auch nach Ende des Bürgerkriegs 1996 ist die Menschenrechtssituation in dem zentralamerikanischen Land immer noch äußerst besorgniserregend. So ist die Anzahl der Morde, vor allem an Frauen, weiterhin eine der höchsten in Lateinamerika und liegt mit ca. 6000 jährlich über dem Niveau des Bürgerkriegs. Auch konnten beim Kampf gegen die Straflosigkeit keine Fortschritte erzielt werden. [mehr](#)

Jahrestagung der brasilianischen Arbeitsrichter in Deutschland



Brasilien boomt, aber die Modernisierung vieler politischer Prozesse und Institutionen hält dem Rhythmus schwerlich stand. So ist beispielsweise das brasilianische Arbeitsrecht veraltet und sehr restriktiv. Es legt eine tripartite Struktur fest, in der der Staat - sprich das Arbeitsministerium und die Arbeitsgerichtsbarkeit - im Konflikt zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern jeweils Zünglein an der Waage ist. Die Regierung Lula bemüht sich seit Jahren aktiv um Reformen, die bislang jedoch am Widerstand der Arbeitgeber, aber auch konservativer Gewerkschaftsverbände scheiterten. [mehr](#)

Gewerkschaftsdelegation aus Guatemala in Berlin



Gewerkschafter in Guatemala sind andauernden Repressionen ausgesetzt, ihr Leben ist ständig in Gefahr und das Arbeitsrecht besteht nur auf dem Papier. Die letzten Jahre waren geprägt von zahlreichen Fällen von Bedrohungen, Angriffen, Entführungen und Attentaten. Aus diesem Anlass hat der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) die Reise einer Gewerkschaftsdelegation aus Guatemala nach Europa organisiert, um die europäischen Gewerkschaften, Regierungen und die Öffentlichkeit über die gravierenden Verletzungen von Gewerkschaftsrechten und das Problem der Straflosigkeit in Guatemala aufmerksam zu machen und den internationalen Druck auf Präsident Colom und seine Regierung zu erhöhen. Das Referat Lateinamerika und Karibik der Friedrich-Ebert-Stiftung hat dieses Vorhaben unterstützt und für die Delegation ein umfassendes Besuchsprogramm mit Abgeordneten, Gewerkschafts- und Regierungsvertretern in Berlin organisiert. [mehr](#)

 [Zurück Index](#)

Publikationen

Publikationen



Die aus der Projektarbeit entstehenden und sie begleitenden Veröffentlichungen erscheinen in der Regel in Spanisch oder Portugiesisch und richten sich an Leser in Lateinamerika. [mehr](#)

BRASILINFO

Wir freuen uns, Sie auf einen neuen Informationsdienst der Landesvertreter der

Friedrich-Ebert-Stiftung in Brasilien hinweisen zu können: das BRASILINFO umfasst in lockerer Folge erscheinende Kurzanalysen und politische Kommentare über Brasilien. Das Info kommentiert brasilianische Positionen im Vorfeld wichtiger regionaler und globaler Konferenzen, berichtet über gewerkschaftsrelevante Themen und beleuchtet international diskutierte Entscheidungen und Entwicklungen aus der Sicht Brasiliens. [mehr](#)

 [Zurück Index](#)

Kurzberichte

 **Regional- und Kommunalwahlen in Venezuela: Ein Quasi-Patt mit Folgen (November 2008)**

[Kurzbericht herunterladen](#)

 **Mexiko: Dreifach verunsichert und verwundbar. Organisierte Kriminalität, politische Instabilität und nahende Wirtschaftskrise (Oktober 2008)**

[Kurzbericht herunterladen](#)

 **Eine neue Verfassung für Ecuador? Eine Analyse des Verfassungsentwurfs (September 2008)**

[Kurzbericht herunterladen](#)

 **Machtspiele in Nicaragua. Wie Präsident Ortega vor den Kommunalwahlen unbeliebte Konkurrenz ausschaltet (Juli 2008)**

[Kurzbericht herunterladen](#)

 [Zurück Index](#)

Personalia

 **Veränderungen im Referat Lateinamerika und Karibik**

Im zweiten Halbjahr 2008 fanden folgende personelle Veränderungen im Referat Lateinamerika und Karibik statt: [mehr](#)

 [Zurück Index](#)

Rette sich wer kann oder: Das Ende der Globalisierung?



Seit einiger Zeit mehren sich die Zeichen dafür, dass die ökonomische Globalisierung an ihre Grenzen gestoßen ist. Statt weiterer Marktöffnungen setzen sich die nationalen Interessen auf den verschiedenen Ebenen durch und die Politiken werden zunehmend auf dieser Ebene definiert. Dies impliziert eine wachsende Rolle des Staates, wobei ihre Ausrichtung, Intensität und Qualität ebenfalls den einzelnen Ländern überlassen bleibt. Dies wird Rückwirkungen auf Lateinamerika haben.

Die neue DOHA-Runde zur Handelsliberalisierung hat sich zwar noch eine letzte Verlängerung bis zum Jahresende gegeben, aber ein Einlenken auf einen allgemein akzeptierten Kompromiss mit substanziellen Ergebnissen ist nicht mehr zu erwarten.

Bei internationalen Firmenübernahmen mehren sich in den letzten Jahren die Fälle, in denen nicht der Meistbietende den Zuschlag erhält, sondern durch eine Reihe von Maßnahmen und Hindernissen dafür gesorgt wird, dass die Unternehmen unter nationaler Kontrolle bleiben. Diese nationale Industriepolitik lässt sich in Europa deutlich beobachten, und zwar selbst dann, wenn die Interessenten aus anderen EU-Ländern, d.h. aus dem gleichen Wirtschaftsraum, stammen.

Die jüngsten Entwicklungen bei der Finanzkrise lassen zwar erkennen, dass wohl überhaupt nur ein international abgestimmtes Vorgehen den kurzfristigen GAU vermeiden kann. In der konkreten Ausgestaltung dieser Maßnahmen hat aber erneut die nationale Souveränität Vorrang. Die einzelnen Länder haben entsprechend der bei ihnen vorherrschenden Finanzsektorstruktur den angemessenen Mix aus frischem Kapital, Bürgschaften, Verbesserung der Transparenz und Kontrollmechanismen angewandt. Um solche profunden Krisen in der Zukunft zu vermeiden, werden nun alle Anstrengungen unternommen, gemeinsame internationale Regeln für den Finanzsektor und die internationalen Kapitalströme aufzustellen. Versuche hierzu sind auch in der Vergangenheit gestartet worden, allerdings waren sie wegen der hohen Mobilität des Kapitals und der Existenz von Fluchtinseln nicht erfolgreich.

Schließlich sind die Auswirkungen der Finanzkrise auf die Realwirtschaft zu berücksichtigen. Die Tiefe der Rezession dürfte nach Sektoren und Ländern sehr unterschiedlich ausfallen. Die Industriestaaten haben außer den Ressourcen zur Überwindung der Finanzkrise auch die Notwendigkeit einer Ankurbelung der Konjunktur anerkannt. Welche finanziellen Mittel hierzu dem öffentlichen Sektor zur Verfügung stehen und welche Höhe neue Staatsverschuldungen annehmen dürfen, ist selbst in der EU nicht eine einhellige Meinung. Auch deswegen ist zu erwarten, dass sich individuelle nationale Lösungsansätze durchsetzen werden.

Alle diese Tendenzen haben für die Entwicklungsländer in Lateinamerika sehr konkrete Konsequenzen. Durch das Scheitern des WTO-Ansatzes eines globalen Freihandels verlagert sich die Debatte wieder auf die Frage von regionalen oder bilateralen Handelsabkommen in und mit Lateinamerika. Die EU bemüht sich weiter, Assoziierungsabkommen mit den Subregionen Zentralamerika, Andenregion und Cono Sur abzuschließen. Hierzu liegen klare Verhandlungsaufträge vor. Auf der Partnerseite ist das gemeinsame Vorgehen nicht so deutlich. Extrem unterschiedlich sind etwa die Vorstellungen im Andenraum, die von völliger Ablehnung über bedingtes Interesse bis zum Einverständnis zum Verhandeln reichen. Die EU möchte Verhandlungen mit der Subregion insgesamt aufnehmen, aber auch vermeiden, dass diese blockiert werden. Wenn allerdings Gespräche nur mit einigen Ländern aufgenommen werden, sollten sie keinen bilateralen Charakter annehmen. Aus europäischer Sicht will man nicht diesem US-amerikanischen Ansatz folgen. Die bisherigen Erfahrungen hierbei zeigen, dass wegen der unterschiedlichen Verhandlungsstärke die Marktzugänge zu den USA, die vorwiegend Primärprodukte und einfache Industriegüter umfassen, durch die zusätzlichen amerikanischen Möglichkeiten für Exporte von Dienstleistungen und hochwertigen Produkten überkompensiert werden können. Damit wäre den Entwicklungsländern kaum geholfen. Dennoch ist unklar, ob die Länder in Lateinamerika sich auf ein gemeinsames regionales Vorgehen einigen können.

Die Blockaden der Industrieländer bei Firmenübernahmen werden lateinamerikanische Investoren in der Regel nicht treffen, da die Finanzvolumina ein sehr hohes Niveau aufweisen. Das

Wiedererstarben einer nationalen Industriepolitik gibt den lateinamerikanischen Ländern allerdings zusätzliche Argumente für den Schutz der eigenen Unternehmen und für (Re-) Nationalisierungen. Vor allem letztere haben in der jüngsten Zeit zugenommen. Einerseits sehen die deutlich links orientierten Regierungen hierin ihren Weg einer Kontrolle über die nationale Entwicklung. Andererseits werden auch Unternehmen, die als strategisch wichtig angesehen werden, mit einer solchen Politik „gerettet“, falls die Privatisierung in ausländischen Händen nicht erfolgreich verlaufen ist. Zu beobachten sind auch Direktinvestitionen innerhalb der Region, bei denen die Abläufe ähnlich sein dürften. Angesichts der heterogenen Interessen der lateinamerikanischen Länder ist nicht zu erwarten, dass ein regional abgestimmter Ordnungsrahmen für FDI's erarbeitet werden kann.

Die internationale Finanzkrise hat wegen des Vertrauensverlustes zwischen den Banken selbst ein starkes Element fehlender Liquidität. Dadurch haben viele institutionelle Anleger Kasse machen müssen. Durch den Verkauf von Staatsbonds waren einige Länder auf dem Kontinent davon schon stark betroffen. So fielen die Kurse für Staatsanleihen in Venezuela und Argentinien besonders tief und ihre Länderrisiken haben entsprechend zugenommen. Die internationalen Banken in Lateinamerika sind in der Regel keine Filialen, sondern haben eigenständige Rechtspositionen und Eigenkapital. Insofern sind sie von eventuellen weiteren Bankzusammenbrüchen nicht direkt betroffen, könnten aber durch eigene spekulative Geschäfte in Schwierigkeiten kommen. Generell sind die Banken nach der Argentinienkrise von 2001 nur in geringem Umfang internationale Kreditnehmer gewesen und sind von der Finanzkrise in diesem Sinne etwas besser abgeschirmt.

Die realwirtschaftlichen Auswirkungen wurden in den einzelnen Ländern zunächst unterschätzt. Vor allem die Rohstoffexportstaaten schienen weniger besorgt. Sie hielten dementsprechend zunächst auch an ihren oft überbewerteten Kursen für die nationalen Währungen fest. Dabei besteht aber die Gefahr, dass sie zur Beibehaltung dieser Währungspolitik wichtige Anteile ihrer Devisenreserven in Anspruch nehmen müssen. Nachdem die Rezession jetzt weltweit mit hoher Geschwindigkeit und Schärfe eingetreten ist, ist nun unvermeidbar, dass auch die Rohstoffnachfrage zurückgeht. So liegt etwa der Rohölpreis schon wieder um 50 Dollar pro Barrel. Aber auch landwirtschaftliche Produkte sind preislich stark rückläufig. Brasilien geht durch die kräftige Abwertung des Real einen anderen Weg. Das Land will damit die Industrieexporte wettbewerbsfähig halten. Hierüber ist in erster Linie Argentinien besorgt, das eine Überschwemmung mit brasilianischen Produkten befürchtet und die eigene Industrie als gefährdet ansieht. Die Abstimmungsmechanismen im MERCOSUR sind nicht griffig genug, um einen Interessenausgleich herzustellen. Daher könnte hier ein weiterer Schritt in Richtung auf eine Politik nationaler Interessen erfolgen. (Berlin, Oktober 2008)

Politische Stiftungen im Süden Lateinamerikas



In mehreren Ländern Lateinamerikas existieren Stiftungen und Institute, die progressiven Parteien nahe stehen. Gemeinsam ist ihnen ihre prekäre Organisationsstruktur, da sie in der Regel nicht auf eine gesicherte oder gar öffentliche Finanzierung aufbauen können. Andererseits weisen die ihnen nahestehenden Parteien gerade bei der programmatischen Erneuerung sowie paradoxerweise auch in dem ihnen eigentlichen Aufgabenbereich, sich ausdifferenzierende gesellschaftliche Interessen und Anliegen zu aggregieren, zu artikulieren und in politische Positionen zu übersetzen, zunehmend Defizite auf. Die meisten der zahlreichen NROs und Sozialorganisationen in der Region stehen den Parteien eher fern, haben ihrerseits aber wichtiges Terrain in der gesellschaftspolitischen Debatte besetzt und dies zum Teil mit hoher Glaubwürdigkeit. Im allgemeinen Tagesgeschäft kommt gerade die von Seiten der Parteien dringend notwendige Initiative zur Auseinandersetzung mit den neuen gesellschaftlichen Entwicklungen und den hieraus entstehenden politischen Forderungen unter die Räder.

Die in diesem Kontext entstandenen politischen Stiftungen und Institute in Argentinien, Brasilien, Chile und Uruguay versuchen, sich in den jeweiligen Ländern als Plattform der politischen Debatte und Innovationsgeber zu etablieren und damit dieser Tendenz entgegen zu wirken. Am aktivsten und bekanntesten in ihrem Umfeld sind dabei die seit 1995 existierende, der chilenischen Regierungskoalition Concertación nahestehende Stiftung Chile 21 sowie die ein Jahr später durch die brasilianische Arbeiterpartei (PT) gegründete Stiftung Perseu Abramo. Auch das vom ehemaligen argentinischen Vizeminister und aktuellem Generalsekretär des Mercosurs, Carlos Álvarez, ins Leben gerufene Institut CEPES wie auch die der uruguayischen Frente Amplio nahestehende Stiftung Liber Seregni verstehen sich als pluralistischer Think Tank des progressiven Sektors.

Nach ersten Treffen zwischen diesen Organisationen im Jahr 2004 wurde mit Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung ein Netzwerk gegründet, das sich zum Ziel gesetzt hat, neben den in den jeweiligen Ländern durchgeführten Aktivitäten, auch auf regionaler Ebene durch internationale Veranstaltungen einen Beitrag zur gesellschaftlichen Debatte, zum Austausch zwischen den politischen Akteuren und zur Entwicklung politischer Ideen beizutragen.

Ein Beispiel hierfür: Lateinamerika zeichnet sich durch eine extreme Konzentration von Einkommen und Besitz aus. Die mehr als eine Dekade verfolgten neoliberalen Marktpolitiken haben dieses Phänomen verschärft und damit zu einem steigenden Legitimationsverlust der politischen Systeme und der Demokratien beigetragen. In fast allen Ländern haben in den letzten Jahren linke oder Mitte-Links-Koalitionen die Regierungsgeschäfte übernommen, letztendlich mit dem Versprechen, für mehr soziale Gerechtigkeit sorgen zu wollen. In

zahlreichen lateinamerikanischen Ländern konnte auch tatsächlich die Armut verringert werden, trotzdem kann von größerer Verteilungsgerechtigkeit kaum die Rede sein.

Dieses Problem wurde von den politischen Stiftungen aufgegriffen: Jährlich wird unter der Schirmherrschaft der chilenischen Präsidentin Michelle Bachelet und mit Unterstützung der FES ein Seminar zur Frage der Fortentwicklung der Sozialpolitiken in Lateinamerika durchgeführt, an dem führende Politiker aus den Ländern des Cono Sur sowie aus Bolivien und Kolumbien teilnehmen. Hierzu wurde u.a. in allen vier Ländern die Evaluierung der Sozialpolitiken der Mitte-Links-Regierungen in der Region in Angriff genommen sowie weitere Seminare in Montevideo und Buenos Aires organisiert. Folgen soll im nächsten Jahr eine Analyse der Wirtschafts- sowie der Außenpolitiken in der Region.

Diese Aktivitäten ergänzen sich mit den Anstrengungen der Friedrich-Ebert-Stiftung national sowie auch im regionalen Kontext den politischen und vor allem den parteipolitischen Dialog zu fördern und einen Beitrag zur Stärkung der Parteiensysteme und sozialer Demokratien zu leisten.

 [Zurück Index](#)

Tarifverträge in Mexiko: Zum Schutz der Unternehmen



Silvia Márquez Santiago arbeitete bis Mai 2006 in einer Tankstelle an der Autobahn Mexiko-Stadt – Puebla als Tankwartin ohne einen Cent Gehalt zu bekommen. Ihr Einkommen bestand aus Trinkgeldern der betreuten Kunden. Diese Praxis ist in Mexiko im Dienstleistungsgewerbe weit verbreitet und trifft Kellner, Fahrer des sogenannten Valet Parking, Packer im Supermarkt oder auch Table-Tänzerinnen. Eine Kranken-, Unfall- oder Rentenversicherung hatte Silvia Márquez wie viele ihrer Kollegen und Kolleginnen keine.

Diese „normale“ Arbeitsregelung wäre sicher nicht weiter aufgefallen, wäre Frau Márquez nicht am

30. Mai 2006 Opfer eines tragischen Unfalles geworden, in dem sie ein Bein verloren hat. Als sie gerade das Wechselgeld für einen Kunden zurückzahlen wollte, raste ein LKW auf sie zu. Sie konnte nicht rechtzeitig fliehen, so dass der Laster über ihr rechtes Bein fuhr. Seit dem Unfall erhält Silvia Márquez eine minimale Krankenversicherung über die Versicherung des LKW-Fahrers.

Silvias Realität ist die Realität von Millionen Mexikanern. Obwohl das nationale Arbeitsrecht Arbeitsverträge mit Sozialversicherung vorschreibt, wird dieses Gesetz von vielen Arbeitgebern - ob Lizenznehmer eines staatlichen Unternehmens im Tankstellengewerbe oder Restaurants - unterhöhlt und ausgehebelt. Theoretisch sollten Bundesinspektoren sich des Problems annehmen. Praktisch scheitert eine solche Revision schon allein an der geringen Zahl von Inspektoren und der Vorschrift, den Unternehmen einen Bescheid über die Inspektion zu geben.

Frau Márquez hatte einen von ihrer „Gewerkschaft“ abgesegneten Scheintarifvertrag. Etwa 80% der Tarifverträge in Mexiko werden als „Schutzverträge“ abgeschlossen. Schutzverträge diskriminieren Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. Sie blamieren sowohl Gewerkschaften als auch Unternehmen. Ein jeder weiß von ihrer Existenz, die wenigsten wagen, darüber zu sprechen. Ein sogenannter Schutzvertrag (*contrato de protección*) ist ein Scheintarifvertrag, der hinter verschlossenen Türen zwischen einem Unternehmensrepräsentanten, einem Pseudoführer der Gewerkschaftsbewegung und einem Anwalt des Arbeitsrechtes ausgehandelt wird und ausschließlich Arbeitgeberinteressen dient. Dem Arbeitgeber wird mit dem Vertrag versichert, weder von Streiks noch von Forderungen nach Gehaltserhöhungen belästigt zu werden. Die Schutzverträge sprechen den Arbeitnehmern damit weitgehend ihre Rechte ab. Oftmals wissen sie nicht einmal, dass sie einen Tarifvertrag haben, müssen aber in der Regel eine monatliche Gewerkschaftsquote abführen.

Schutzverträge sind ein Schlüsselthema der Konsolidierung der mexikanischen Demokratie. Schließlich äußern sich in diesen Verträgen die fehlende Freiheit und die unzureichenden demokratischen Strukturen der Gewerkschaften sowie das fehlende soziale Verantwortungsbewusstsein beteiligter Unternehmen. Sie können sogar als offene Ablehnung gegenüber dem Gewerkschaftswesen an sich interpretiert werden.

Obwohl es ein Hindernis auf dem Weg der demokratischen Konsolidierung des Landes und seiner Institutionen darstellt, wird das Thema in der jungen mexikanischen Demokratie kaum zur Sprache gebracht. Daher versucht eine internationale Kampagne internationaler Gewerkschaftsverbände die Existenz der Schutzverträge und ihre für Arbeitnehmer schädigende Rolle stärker in das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu bringen. Seit 2007 spricht sich die internationale Gewerkschaftsbewegung, vertreten durch den regionalen lateinamerikanischen Verband des heutigen Internationalen Gewerkschaftsbunds (IGB), verschiedene Regionalvertreter der Global Union Federations (GUFs) sowie die mexikanischen Dachverbände UNT und CROC und einige NGOs öffentlich gegen diese Praktiken aus. Die Kampagne, die von der FES in Mexiko koordiniert wird, begleitet und diskutiert das Thema anhand von Studien, Seminaren, Workshops und öffentlichen Foren mit Entscheidungsträgern aus Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften. Die teilnehmenden Organisationen sind sich einig: Schutzverträge müssen zwecks Einhaltung von Arbeitnehmerrechten, Gewerkschaftsautonomie und Förderung der Demokratie in Mexiko abgeschafft werden.

Sonderziehungsrechte als Basis einer neuen Weltwährung?

Vom 29. November bis 2. Dezember fand in Doha die Internationale Folgekonferenz zur Entwicklungsfinanzierung statt. Im Vorfeld dazu organisierte das FES-Projekt NUEVA SOCIEDAD in Buenos Aires gemeinsam mit dem Projekt „Globalisierung“ der FES Berlin ein hochrangiges Expertengespräch, um das Thema vor dem Hintergrund der Finanzkrise aus lateinamerikanischer Sicht zu diskutieren.

Ricardo Ffrench Davis, einer der renommiertesten lateinamerikanischen Ökonomen, betonte die Notwendigkeit von raschen und kraftvollen antizyklischen Maßnahmen der Notenbanken und insbesondere des IWF, dessen Sonderziehungsrechte (SDR) die Basis für eine echte Weltwährung sein müssten. Angesichts des Doppeldefizits der USA sei es nicht mehr hinnehmbar, dass das Land das Privileg behalte, sich in seiner eigenen Währung im Ausland verschulden zu können. Eine echte Weltwährung brauche Zeit, aber die SDR könnten ein geeigneter Ausgangspunkt sein und der IWF müsse nun massiv und unter flexiblen Bedingungen frisches Geld zur Verfügung stellen, um die Entwicklungsländer vor den Folgen einer Krise zu schützen, für die sie nicht verantwortlich seien.

Weiterhin plädierte er für eine Ausweitung der öffentlichen Entwicklungskooperation durch innovative Finanzierungsinstrumente wie der von einigen Ländern bereits praktizierten Steuer auf Flugtickets, einer weltweiten *carbon tax* auf CO₂-Emissionen oder Steuern auf internationale Finanztransaktionen. Auch für Steuerparadiese sei kein Platz mehr: die internationale Regulierung der Finanzmärkte müsse antizyklisch wirken und ohne Ausnahmen sein.

Aber auch die Entwicklungsländer selber müssten ihre Steuer- und Finanzsysteme reformieren: zu viele indirekte Steuern belasten vor allem die Armen und die Steuerevasion sei immer noch viel zu hoch. Wie auch viele andere der Teilnehmer plädierte Ffrench Davis für eine breite und repräsentative Debatte im Rahmen der UNO statt im engen Kreis der G8.



Nach fast zwei Jahrzehnten in der Defensive haben Gewerkschaften in Lateinamerika in den letzten Jahren politische Gestaltungsspielräume zurückgewonnen. Hierzu hat auch die Politik linker Regierungen beigetragen, die die Rahmenbedingungen für Gewerkschaften verbessert und sie dadurch gestärkt hat. Andererseits war für die Parteien des Mitte-Links-Spektrums im südlichen Lateinamerika die Unterstützung durch die Gewerkschaften ein wichtiger Faktor für ihren Wahlerfolg. Mit dem Regierungsantritt der Linksparteien begann für viele südamerikanische Gewerkschaften die nicht einfache Aufgabe, mit den neuen Regierungen in kritischer Solidarität zusammenzuarbeiten und gleichzeitig die Interessen der gewerkschaftlichen Basis wirksam zu vertreten. Politische Auseinandersetzungen zwischen Gewerkschaften und Linksregierungen bleiben dabei nicht aus. Nichtsdestotrotz stellen der politische Wechsel und ihr privilegierter Zugang zu den Regierungen eine historische Chance für die südamerikanischen Gewerkschaften dar. Die FES-Büros im südlichen Lateinamerika leisten einen Beitrag dazu, dass der Dialogfaden zwischen linken Regierungen und Gewerkschaftsbewegung auch bei konfliktiven Fragen nicht abreißt.

Ziel des Projekts Regionale Gewerkschaftspolitik Lateinamerika ist, diesen Dialog auch auf regionaler Ebene zu ermöglichen. In diesem Kontext führte das Projekt in Kooperation mit den nationalen Büros und dem Globalen Gewerkschaftsprojekt ein Regionalforum zwischen Gewerkschaften und linken Regierungen durch. Vom 21. bis 22. Oktober trafen sich in Montevideo hochrangige Regierungsmitglieder aus Argentinien, Brasilien, Chile und Uruguay mit einer Gruppe führender Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aus elf Ländern, die die wichtigsten Dachverbände Lateinamerikas vertreten. Im Rahmen des Dialogs wurden die Politiken der linken Regierungen in Lateinamerika in vier konkreten Politikfeldern diskutiert. Der Dialog auf regionaler Ebene erleichtert es, den Blick auf die Erfahrungen der Nachbarländer sowie auf die Gemeinsamkeiten in den politischen Projekten der Regierungen und der Gewerkschaftsbewegung zu richten. Im Rahmen des Regionalforums trat zudem der im März gegründete amerikanische Regionalverband des Internationalen Gewerkschaftsbundes, die *Confederación Sindical de Trabajadores/as de las Américas* (CSA), erstmals in einen direkten Dialog mit den linken Regierungen Südamerikas. 2009 werden die Ergebnisse des regionalen Dialogs im Rahmen von nationalen Foren in Argentinien, Brasilien, Chile und Uruguay unter Einbeziehung der CSA aufgegriffen und weiterverfolgt.

■ Guatemala: Ein Recht auf Nahrung? Sergio F. Morales, Menschenrechts-Ombudsmann, über die Ernährungskrise in seinem Land



In Guatemala herrschte über 36 Jahre lang ein Bürgerkrieg, der mehr als 200.000 Menschen das Leben gekostet und über eine Million Flüchtlinge geschaffen hat. Es kam insbesondere zur gezielten Tötung der indigenen Bevölkerung - 96% der Opfer waren Angehörige der Maya-Völker. Auch nach Ende des Bürgerkriegs 1996 ist die Menschenrechtssituation in dem zentralamerikanischen Land immer noch äußerst besorgniserregend. So ist die Anzahl der Morde, vor allem an Frauen, weiterhin eine der höchsten in Lateinamerika und liegt mit ca. 6000 jährlich über dem Niveau des Bürgerkriegs. Auch konnten beim Kampf gegen die Straflosigkeit keine Fortschritte erzielt werden.

Aber nicht nur die hohe Gewalt und Straflosigkeit stellen eine gravierende Gefährdung für die Menschenrechte in Guatemala dar. So ist das Recht auf Nahrung ein wesentliches Menschenrecht, das jedoch für große Teile der Bevölkerung nicht verwirklicht werden kann. Einer der Gründe dafür ist die mangelnde Verteilungsgerechtigkeit, denn Guatemala ist das Land mit der höchsten sozialen Ungleichheit in Lateinamerika. Besonders betroffen ist die indigene Bevölkerung, die noch immer stark benachteiligt ist. Der nationale Menschenrechts-Ombudsmann Dr. Sergio F. Morales war auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung im Oktober in Berlin, um im Rahmen eines Fachgesprächs über die Menschenrechtssituation in Guatemala und das Problem der Ernährungssicherheit zu diskutieren.

[↑ Zurück Index](#)

■ Jahrestagung der brasilianischen Arbeitsrichter in Deutschland



Brasilien boomt, aber die Modernisierung vieler politischer Prozesse und Institutionen hält dem Rhythmus schwerlich stand. So ist beispielsweise das brasilianische Arbeitsrecht veraltet und sehr restriktiv. Es legt eine tripartite Struktur fest, in der der Staat – sprich das Arbeitsministerium und die Arbeitsgerichtsbarkeit - im Konflikt zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern jeweils Zünglein an der Waage ist. Die Regierung Lula bemüht sich seit Jahren aktiv um Reformen, die bislang jedoch am Widerstand der Arbeitgeber, aber auch konservativer Gewerkschaftsverbände scheiterten.

Umso bedeutender war der Besuch einer 68-köpfigen Delegation brasilianischer Arbeitsrichter im Oktober 2008, die die FES um inhaltliche Beratung ihres Jahreskongresses

gebeten hatten. Diese jährlichen Tagungen des Gremiums der Arbeitsrichter (ANAMATRA) finden jeweils in anderen Ländern statt, in denen sich die Mitglieder über dortiges Arbeitsrecht informieren und so Impulse für die Reformdebatte erhalten. Der Verband vereinigt rund 3.500 Arbeitsrichter aller Instanzen und zählt zu den progressiven Richterverbänden, die sich für eine Stärkung von Arbeitnehmerrechten einsetzen.

Die Delegation wurde zu Beginn der Reise in Frankfurt durch Prof. Dr. Wolfgang Däubler in die Thematik eingeführt und in der IGMetall über Tarifautonomie und Mitbestimmungsrecht informiert. In Karlsruhe und Erfurt traf sie mit Richtern des Bundesverfassungsgerichts sowie des Bundesarbeitsgerichts zusammen und wurde in Berlin vom Ausschuss für Arbeit und Soziales des Bundestages empfangen, in dem die aktuelle Debatte um Mindestlöhne aufgegriffen wurde.

Den Abschluss der ANAMATRA-Tagung bildete eine FES-Veranstaltung zu den Herausforderungen eines globalisierten Arbeitsmarktes an sozialdemokratische Politik in Deutschland. Dr. Michael Dauderstädt, Leiter der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, erläuterte die Veränderungen des Arbeitsmarktes in Deutschland und der EU, wobei insbesondere die Prekarisierungs- und Informalisierungstendenzen deutlich wurden. MdB Wolfgang Grotthaus stellte die programmatischen Ansätze und konkreten Erfahrungen der SPD dar, Problemen wie der Segmentierung der Arbeitsmärkte und der Aushöhlung von Tarifautonomie beizukommen.

Die Delegationsmitglieder diskutierten intensiv die Parallelen bezüglich der Globalisierungswirkungen auf die Arbeitsmärkte in Brasilien und Deutschland. Gleichzeitig nahmen sie viele Anregungen zur Struktur des Sozialen Dialogs, der Rolle der Gewerkschaften und betrieblichen Mitbestimmung mit. Und mit den Richtern des Bundesarbeitsgerichts, bei denen der Besuch aus Brasilien auf besonderes Interesse stieß, wurde ein Fortsetzung des fachlichen Austausches vereinbart. Damit sind selbstverständlich die brasilianischen Reformbemühungen noch nicht am Ziel – aber es ist ein Kontakt und Austausch hergestellt, von dem wichtige Impulse ausgehen werden.

[↑ Zurück Index](#)

■ Gewerkschaftsdelegation aus Guatemala in Berlin



Gewerkschafter in Guatemala sind andauernden Repressionen ausgesetzt, ihr Leben ist ständig in Gefahr und das Arbeitsrecht besteht nur auf dem Papier. Die letzten Jahre waren geprägt von zahlreichen Fällen von Bedrohungen, Angriffen, Entführungen und Attentaten. Aus diesem Anlass hat der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) die Reise einer Gewerkschaftsdelegation aus Guatemala nach Europa organisiert, um die europäischen Gewerkschaften, Regierungen und die Öffentlichkeit über die gravierenden Verletzungen von Gewerkschaftsrechten und das Problem der Straflosigkeit in Guatemala aufmerksam zu machen und den internationalen Druck auf Präsident Colom und seine Regierung zu erhöhen. Das Referat Lateinamerika und Karibik der

Friedrich-Ebert-Stiftung hat dieses Vorhaben unterstützt und für die Delegation ein umfassendes Besuchsprogramm mit Abgeordneten, Gewerkschafts- und Regierungsvertretern in Berlin organisiert. Neben Deutschland besuchte die Delegation auch weitere europäische Länder. Ihr Aufenthalt in Berlin war in diesem Rahmen ein wichtiger Beitrag, um die internationale Wahrnehmung für die Arbeit der Gäste und dadurch den Druck auf die guatemaltekische Regierung auch von deutscher Seite aus zu erhöhen.

[↑ Zurück Index](#)

■ **La innovación partidista de las izquierdas en América Latina. Franklin Ramírez Gallegos (Hrsg.), 2008.**

[Publikation herunterladen \(PDF Format\)](#)

■ Nueva Sociedad: "Wie links ist Lateinamerikas Linke?, Sonderheft.

http://www.nuso.org/nusodeutsch%20_2008.php

■ Nueva Sociedad: "Los colores de la izquierda", **Número 217, Septiembre/Octubre 2008.**

<http://www.nuso.org/revista.php?n=217>

■ Nueva Sociedad: "¿Cuba cambia?", **Número 216, Julio/Agosto 2008.**

<http://www.nuso.org/revista.php?n=216>

■ Nueva Sociedad: "La equidad, entre macroeconomía y política social", **Número 215, Mayo/Junio 2008**

<http://www.nuso.org/revista.php?n=215>

■ **Brasilinfo: Den Crash überleben. Brasiliens Weg aus der Finanzkrise (November 2008)**

[Publikation herunterladen \(PDF Format\)](#)

■ **Brasilinfo: Alle für einen oder einer für alle? Brasilien schlägt einen südamerikanischen Verteidigungsrat vor (September 2008)**

[Publikation herunterladen \(PDF Format\)](#)

■ **Brasilinfo: Die Fantastischen Vier und die Großen Sieben. Schwellenländer in der Globalen Ökonomie (August 2008)**

[Publikation herunterladen \(PDF Format\)](#)

■ **Brasilinfo: Zur Sonne, zur Freiheit! Die CUT wird 25 (Juni 2008)**

[Publikation herunterladen \(PDF Format\)](#)

■ **Im ersten Halbjahr 2008 fanden folgende personelle Veränderungen im Referat Lateinamerika und Karibik statt:**

Einsatzland – ort/Zuständigkeit	Name	seit
Bolivien (Projektleitung)	Kathrein Hölscher	September
Venezuela (Projektleitung)	Heiner Sassenfeld	Oktober
Ecuador (Projektleitung)	Claudia Detsch	November
Costa Rica (Projektleitung)	Michael Langer	Dezember
Berlin (Finanzsachbearbeiterin)	Jutta Höhne	Juli
Berlin (Referent Kolumbien)	Hilmar Ruminski	August

[↑ Zurück Index](#)

[Newsletter abonnieren](#) | [Abbestellen](#) | [Kontakt](#)

V.i.S.d.P. Dörte Wollrad
(c) 2005 Referat Lateinamerika und Karibik
Friedrich-Ebert-Stiftung
Godesberger Allee 149
D-53175 Bonn
Tel.- (0228) 883 534
Fax- (0228) 883 404



Programmierung und Design: [G-Softsolutions](#)